Bundes-tags-brief

Nr.144 • Die Woche im Bundestag • 21.02.2014

DEUTSCHER BUNDESTAG

Prof. Monika Grütters, MdB

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Schwierige Lage in der Koalition.

Die Große Koalition ist in einer schwierigen Lage durch das Verhalten der SPD in Folge der Geschehnisse rund um den seinerzeitigen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy. Es ist außerordentlich bitter, dass das Verhalten der SPD zum Rücktritt unseres Bundesministers Dr. Hans-Peter Friedrich geführt hat. Wir danken Hans-Peter Friedrich für seine Arbeit als Bundesminister, die er an verantwortlicher Stelle für Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geleistet hat.

Die SPD hat nicht nur Vertraulichkeit gebrochen, sondern sich auch in einer Reihe von nicht akzeptablen Widersprüchen verstrickt. Diese müssen jetzt alle aufgeklärt werden. Die SPD ist am Zug. Als Rechtsstaatspartei werden wir alles daran setzen, dass bei der Klärung der offenen Fragen keine Zweifel bleiben. Es liegt nun tatsächlich an der SPD, angeschlagenes Vertrauen wieder herzustellen.

Eine Reihe von Fragen richtet sich auch an die Justizbehörden in Niedersachsen. Hier werden unsere Kolleginnen und Kollegen der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion auf Aufklärung drängen.

Sacharbeit fortsetzen.

Trotz der Belastung in der Großen Koalition muss gerade die Union zeigen, dass sie um die Verantwortung für unser Land weiß. Wir haben große Herausforderungen in Europa und bei der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir müssen alles daran setzen, dass die gute wirtschaftliche Lage unseres Landes und die damit verbundene gute Situation auf dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Nur so werden wir unser Ziel erreichen, dass es den Menschen in vier Jahren besser geht.

Gemeinsame Verantwortung – gemeinsames Handeln.

Mit einem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen werden wir in dieser Woche die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zur „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ aus der vergangenen Wahlperiode wieder aufgreifen und bekräftigen. Der Bundestag hatte den Abschlussbericht am 2. September 2013 einstimmig angenommen und sich damit hinter die gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen im Bewertungsteil gestellt. Ein solcher einvernehmlich erstellter Abschlussbericht ist einmalig in der Geschichte des Deutschen Bundestages. Das unterstreicht die gemeinsame Verantwortung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Form von Extremismus und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land konsequent zu bekämpfen. Mit dem Antrag setzen wir diese Aufgabe auf die Agenda der 18. Wahlperiode, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, im Dialog mit den Ländern Wege für die Umsetzung der Empfehlungen auch für den Zuständigkeitsbereich der Länder und ihrer Behörden zu erarbeiten. Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages werden sich kontinuierlich und mit Nachdruck für die Umsetzung der Empfehlungen einsetzen. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag werden dies im Rahmen der Gespräche unterstützen, die sie regelmäßig mit Fraktionen in den Landtagen führen.

Jahresbericht Deutsche Einheit.

Das Jahr 2014 erinnert uns nicht nur an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren oder den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Vielmehr ist es nun auch schon wieder ein Vierteljahrhundert her, dass der Umbruch in Osteuropa seinen unaufhaltsamen Lauf nahm – auch im geteilten Deutschland. Erinnern wir uns der mutigen Demokraten in der DDR, denen es gelang, im Mai 1989 die verlogene Fälschung des Kommunalwahlergebnisses durch Verantwortliche der SED aufzuzeigen. Ein Meilenstein ebenso wie die Massenflucht von etwa 700 DDR-Bürgern während des „Paneuropäischen Frühstücks“ bei Sopron am 19. August 1989. Wenig später fiel die Mauer, nicht einmal ein Jahr danach war Deutschland wiedervereint.

Dass die Wiedervereinigung, von einigen Bremsern verzweifelt bekämpft, eine große und kaum überschaubare Aufgabe für das ganze Deutschland wurde, hat seinerzeit den Gang der Geschichte nicht aufhalten können. Heute, fast 25 Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit, beschreibt der Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit konkret die erreichten Erfolge, benennt aber auch nüchtern noch bestehende Probleme.

Während der materielle Wohlstand enorm zugelegt hat, gibt es nach wie vor spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner sowie bei den Löhnen und Gehältern. Zwar ist die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern auf den niedrigsten Stand seit gut 20 Jahren gefallen, sie liegt aber immer noch deutlich über dem westdeutschen Niveau. Also müssen Wachstumsdynamik, Innovationskraft und Internationalisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern weiter gestärkt werden, so wie wir es etwa durch den bis 2019 laufenden Solidarpakt II oder die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“(GRW) tun. Die Deutsche Einheit ist erreicht, dennoch bleibt noch viel zu tun, sie zu vollenden.

Bewährtes Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige beibehalten.

Immer mehr Länder-Finanzminister schließen sich öffentlich der Position von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble an, das Rechtsinstrument der strafbefreienden Selbstanzeige für Steuerhinterzieher unter verschärften Bedingungen beizubehalten. Es scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Abschaffung dieses Instruments weder zu mehr Steuergerechtigkeit noch zu volleren Kassen führen würde. Mit Spannung warten wir jetzt die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ab und sind guten Mutes, dass sich hier eine sinnvolle Weichenstellung im Sinne des Koalitionsvertrags abzeichnet.

Deutschlandtourismus erreicht Rekordwert.

Mit 410,8 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen in deutschen Beherbergungsbetrieben wurde 2013 ein neuer Rekordwert erreicht. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Während die Zahl von Übernachtungen inländischer Gäste nahezu konstant bei 339,2 Millionen lag, stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 4 % auf 71,6 Millionen.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Schweiz profitiert von Migration.

Wie aus Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervorgeht, steigern Migranten die Nettostaatseinnahmen der Schweiz je nach Berechnungsmethode um jährlich 6,5 bis 11 Milliarden Schweizer Franken. Relativ zur Größe des Bruttoinlandsprodukts ist das mehr als in jedem anderen OECD-Land. Neben Luxemburg verzeichnete die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerung im Jahr 2011 mit 143.000 Zuwanderern die stärkste Migration. Darunter waren jedoch überproportional viele Personen im Erwerbsalter, aus einkommensstarken Ländern und mit hoher Beschäftigungsrate. Unter den Einwanderern mit ausländischer Staatsangehörigkeit bildeten die Deutschen die größte Gruppe (ca. 20 Prozent), gefolgt von den Portugiesen (ca. 10 Prozent). Unter der ausländischen Wohnbevölkerung sind 78 Prozent im erwerbsfähigen Alter (25-64 Jahre). Zum Vergleich: In Deutschland sind dies nur 51,1 Prozent.
(Quelle: OECD – Internationaler Migrationsausblick 2013)